



Erdogan: Türkei ist Kosovo, Kosovo ist Türkei



Bereits in der Vergangenheit drohte der türkische Ministerpräsident Erdogan mehrmals ganz offen, Europa zu islamisieren (mehr dazu am Ende des Artikels). Bei einem Besuch im serbischen Kosovo bekräftigte Erdogan letzte Woche seine Eroberungspläne. „Die Türkei ist Kosovo, Kosovo ist die Türkei“, rief der despotische Türken-Premier bei einem offiziellen Kosovo-Besuch am Mittwoch in der Stadt Prizren begeisterten Islamisten (*Foto: mit Kosovo-Premier Hashim Thaci*) zu.

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache erklärt dazu [in einer Pressemitteilung](#): „Dass er jetzt praktisch in Europa Gebietsansprüche stellt, ist ein weiterer Schritt in Richtung der von Erdogan angestrebten Wiedererrichtung des Osmanischen Reiches. Und es ist jetzt endgültig ein Schritt zu viel.“

Weiter heißt es darin:

[Strache] klärt den nationalistischen Türken-Führer, der die friedliche Demokratie-Bewegung in seinem Land niederschlagen ließ und für mindestens vier Tote und 12.000 teils schwer verletzte Aktivisten verantwortlich ist, auf: „Die Türkei ist kein Teil Europas und nur ein minimalster Teil Europas im äußersten Südosten gehört zur Türkei! Dafür haben wir vor Jahrhunderten gekämpft und das wird auch immer so bleiben!“

Die klare Positionierung Straches haben nun auch die Chefs von CDU und CSU im EU-Parlament übernommen. Sie forderten, wie der FPÖ-Chef schon seit Jahren, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei umgehend zu stoppen. Herbert Reul, Chef der CDU im EU-Parlament, erklärte, dass die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel von der Regierung Erdogan als „Belohnung für die brutale Niederschlagung der friedlichen Bürgerproteste rund um den Taksim-Platz“ angesehen werde und daher abzulehnen sei. Sein CSU-Amtskollege Markus Ferber kritisierte, dass alle Jahre wieder die kaum vorhandenen Fortschritte der Türkei beschönigt dargestellt würden. Da sie „kein demokratischer Verhandlungspartner“ sei, müssten die Beitrittsverhandlungen mit der Regierung in Ankara abgebrochen werden.

„Zuerst hat Erdogan die europäischen Gesellschaften mit Massen seiner Staatsbürger, die er gelegentlich auch seine Soldaten nennt, unterwandert und jetzt stellt er offen Besitzansprüche auf die Provinz eines souveränen europäischen Staates, nämlich Serbiens. Das ist absolut inakzeptabel“, so Strache. Nicht nur die EU-Staaten, ganz Europa müsse aufstehen und den imperialistischen Ambitionen Erdogans die Stirn bieten. Strache: „Wir sind stark genug. Nicht wir brauchen die Türkei, sondern die Türkei braucht uns. Nach dem endgültigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen müssen wir als klares Zeichen auch die Zahlung von jährlich hunderten Millionen Euro an das Erdogan-Regime einstellen. Dann soll dieser Herr sehen, wo er bleibt.“

Es ist ein Skandal, dass der ganz offen angekündigte türkische Imperialismus weder von der deutschen Presse noch den Politikern thematisiert wird. Hierzulande wird derzeit sogar seitens der CDU/CSU diskutiert, ob die [doppelte Staatsbürgerschaft](#) eingeführt werden soll, damit Erdogan seine Großmachtpläne auch noch auf demokratischem Wege erreichen kann.

Im Oktober 2012 kündigte Ministerpräsident Erdogan auf einem Parteitag seiner AKP an „[den Islam siegreich nach Westen führen zu wollen](#)“. Im Februar 2010 rief er auf einem von ihm veranstalteten „[Kongress für Auslandstürken](#)“ seine aus Europa eingeladenen Landsleute dazu auf „die europäische Kultur mit der türkischen zu impfen“, um diese Länder zu „türkisieren“. Vor drei Jahren besuchte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu Bosnien-Herzegowina und hielt in Sarajevo eine aufsehenerregende Rede, in der er ankündigte, „[das osmanische Reich wiederbeleben zu wollen](#)“.

» landesleitung@csu-bayern.de

» info@cdu.de